

Noch mehr Lkw-Plätze an der Anlage?

Staffelbach - Auf Vermittlung von Staatssekretärin Melanie Huml weilte eine Abordnung der „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach“ zu einem Meinungsaustausch mit Staatssekretär Jürgen Heike vom Innenministerium und Ministerialrat Ludwig Böhm von der Obersten Baubehörde (zuständig für das Sachgebiet Bundesautobahnen) im Maximilianeum in München.

Bürgermeister Carsten Joneitis brachte zunächst den Widerstand der Gemeinde gegen die geplante Maßnahme zum Ausdruck und erklärte, dass die Kommune Einspruch und Klage gegen die geplanten Probebohrungen eingelegt habe.

Die Vertreter der Bürgeraktion (Horst Melber, Ottmar Schels, Bruno Fischer und Albrecht Lederer) trugen ihre Bedenken gegen das Vorhaben vor. Insbesondere die Lärm- und Abgasimissionen würden Staffelbach unzumutbar belasten. Ebenso sei nicht einzusehen, dass Alternativstandorte wegen eines begrenzten Eingriffs in ein Naturschutzgebiet von vornherein abgelehnt würden. Unverständlich sei, dass hier Naturschutz, bei aller grundsätzlichen Berechtigung, vor Menschenschutz gehe. Ebenso sei der Bedarf einer solchen Anlage bei Staffelbach unter Einbeziehung der vorhandenen Autohöfe und Rastplätze nicht erforderlich und an anderen Autobahnen weit dringlicher.

Ministerialrat Böhm erinnerte an die Vorgabe des Bundes, etwa alle 65 Kilometer eine Tank- und Rastanlage zu errichten. Auch für die Anerkennung der Autohöfe in der Bedarfsplanung sei der Bund zuständig. Er überraschte durch die Mitteilung, dass bei der Planung in Staffelbach nunmehr 75 Lkw-Standplätze statt wie bisher 50 vorgesehen seien. Er versprach aber, alternative Standorte nochmals überprüfen zu lassen.

Staatssekretär Heike zeigte Verständnis für die Sorgen der Staffelbacher und erkannte ihre Argumente an. Gerne wolle er sich baldmöglichst an Ort und Stelle ein Bild über die Situation machen, kündigte er an. Staatssekretärin Melanie Huml erklärte, weiterhin Staffelbach zu unterstützen.

Quelle: Fränkischer Tag, 17.06.2008